

29.03.2012

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 30.03.2012
Ltg.-1175/A-1/90-2012
Ko-Ausschuss

ANTRAG

der Abgeordneten Schuster, Maier, Edlinger, Mag. Hackl, Hinterholzer, Hofbauer, Mold, Grandl, DI Eigner, Ing. Rennhofer und Ing. Pum

betreffend **Abstimmung über regional relevante Projekte zwischen Wien und den Umlandgemeinden Niederösterreichs**

Die Gemeinde Wien und die umliegenden NÖ Gemeinden bilden einen gemeinsamen, eng verflochtenen Ballungsraum. Die Zusammenarbeit aller Kommunen in diesem Ballungsraum, auch auf der Ebene der Stadtregionentwicklung, ist wichtig und notwendig, weil der Alltag der Menschen vielfach über Landes- und Gemeindegrenzen hinaus greift und ein funktionierendes Zusammenspiel in der Stadtregion erfordert. Außerdem verbessert das Wissen um die Entwicklungsabsichten der jeweils anderen Gemeinden im Ballungsraum die Basis für Entscheidungen. Das frühzeitige Erkennen von Konfliktpotenzialen sowie das Vermeiden von Reibungsverlusten im Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz sichert den Erfolg des Agglomerationsraums im Wettbewerb mit anderen europäischen Stadtregionen.

In diesem Zusammenhang ist das Projekt Waldmühle Rodaun zu erwähnen, das bereits in der medialen Berichterstattung einen breiten Niederschlag gefunden hat. Die Stadt Wien plant im 23. Gemeindebezirk in Zusammenarbeit mit Bauträgern ein Wohnbauprojekt mit 450 Wohneinheiten auf dem Gelände der ehemaligen Zementfabrik der Lafarge-Perlmoser AG in Rodaun. Die dafür notwendige Änderung des Flächenwidmungsplanes wurde von der Gemeinde Wien bereits beschlossen und durchgeführt.

Angesichts bestehender Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen dieses Projekts in den Gemeinden Perchtoldsdorf, Kaltenleutgeben, Breitenfurt und Laab wäre es daher sinnvoll, vor weiteren Projektschritten eine intensive Abklärung und

Koordination dieses Projektes zwischen den zuständigen Stellen Niederösterreichs und Wiens zu erwirken.

Die Marktgemeinde Perchtoldsdorf hat am 28. März 2012 eine entsprechende Resolution an den Landtag und Gemeinderat der Stadt Wien beschlossen. Auch in der Marktgemeinde Kaltenleutgeben werden derartige Überlegungen angestellt.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, das Stadt-Umland-Management zu beauftragen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien, dem Land Niederösterreich und den betroffenen Gemeinden die Auswirkungen des Projektes hinsichtlich des zusätzlichen Verkehrsaufkommens (auch in der Bauphase), der Wohnnutzung sowie einer allfälligen besseren Anbindung im Öffentlichen Verkehr darzustellen um eine verkehrsverträgliche, gemeinsam getragene Lösung der gegenständlichen Problematik zu finden.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem VERKEHRSAUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung im Ausschuss am 12. April 2012 möglich ist.